

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 9. September 1897.

№ 103.

Zur Urabstimmung.

I.

Eine Vertrauensstunde für die Verbandsleitung und die schärfste Verurteilung der Opposition Gash & Co. ist das Resultat der jüngsten Urabstimmung. Trotz monatelanger raffinierter Bearbeitung durch die B.-W., trotzdem noch drei Tage vor der Urabstimmung ein von einem Nichtmitgliede verfaßtes Flugblatt der Opposition in 25000 Exemplaren an die Funktionäre des Verbandes wie an die „Vertrauensmänner“ der Sonderorganisation verandt wurde, trotzdem fast die ganze sozialdemokratische Presse noch vor der Urabstimmung in unerhört wahrheitswidriger Weise auf unsere Kollegen einzuwirken suchte und einflußreiche nichtoppositionelle Kollegen noch kurz vor der Urabstimmung irriger Weise der Opposition Vorschub leisteten, trotz des nochmaligen Appells an den zielbewußt großgezogenen Döblinhaß — es war alles vergebens: die Zeit der Herren um Gash ist erfüllt, das Resultat der Urabstimmung bedeutet ihre moralische Hinrichtung. Die Mitglieder des Verbandes haben klar und deutlich entschieden, daß sie die Phrasen satt haben, als habe der Zentralvorstand zum Endziel, „alle gegen die Tarifgemeinschaft feindselig gesinnten Mitglieder“ auszuschließen, als sei heute in unserer Organisation kein Raum für „Mitglieder, die eine andre Ansicht haben als der Vorstand“. Dieser Phrasen-Moloch ist durch die Urabstimmung zur Strecke gebracht.

Nun soll infolge des kurzen Termins, der zwischen der offiziellen Bekanntgabe und dem Tage der Urabstimmung lag, der Zentralvorstand damit eine Ueberrumpelung der Mitglieder zu erreichen bezweckt haben, eine Auffassung, die außer von uns auch vom Vorwärts als eine unzutreffende bezeichnet worden ist. Dies ist ja aus mancherlei Gründen ganz erklärlich. Zunächst kam der kurze Termin der Märtyrerrolle der Opposition förderlich zu statten. Es war den Gegnern der Organisation mit der Ansetzung eines kurzen Termins sowohl materiell wie moralisch weit besser gebient als dies bei gegenteiliger Sachlage der Fall gewesen wäre. Die Verbandsleitung konnte aber weder mit der einen noch mit der andern Version rechnen. Sie hat bis jetzt bewiesen, daß sie in all ihren statistischen Handlungen keineswegs von kleinlichen Gesichtspunkten getragen ist, und diese haben auch bei der verflochtenen Urabstimmung nicht zu Grunde gelegen. Trotz der klaren Bestimmungen des Statuts, daß sich die Mitglieder dem Statut sowie allen statutgemäßen Beschlüssen der Generalversammlung und des Verbandsvorstandes zu unterwerfen haben, war infolge des oppositionellen Wühlens — das der damit verbundenen Anpöbelung der Nichtoppositionellen halber die letzteren aus den Versammlungen fernhielt — die Situation im Verband eine derart verworrene geworden, daß so schnell wie möglich unzweifelhaft Klarheit geschaffen werden mußte. Da gab es kein andres Mittel als die Urabstimmung, diese Inkarnation des demokratischen Gedankens. An sich ist die gegenwärtige Lage im Verbande schon damit genügend gekennzeichnet, daß

erst urabgestimmt werden muß, ob die statutgemäßen Generalversammlungsbeschlüsse von den Mitgliedern befolgt werden müssen.

Daß natürlich den rein sachlichen Motiven der Verbandsleitung von oppositioneller Seite die niedrigsten Beweggründe untergeschoben werden würden, war ja ohne weiteres vorauszusehen. Konnte, ja durfte sich aber die Verbandsleitung durch das Einstellen einer neuen Rolle in das Schimpf-Orchester heirren lassen, das zu thun, was der § 15 vom Verbandsvorstande verlangt: „in dringlichen Fällen außerordentliche, dem Statut und den Zwecken des Verbandes nicht zuwiderlaufende Maßregeln zu beschließen?“ Die vom Verbandsvorstande veranlaßte Urabstimmung war somit ein vollkommen statutgemäßer Akt, und die Mitglieder haben durch die Urabstimmung wie durch die darin niedergelegte Willensmeinung ein für allemal die Thätigkeit der Verbandsleitung in dem letzten Jahre gutgeheißen und dem um Gash versammelten Haufen in unzweideutigster Weise die Thür gewiesen.

Was das ziffermäßige Resultat der Urabstimmung selbst anlangt, so ist ja nicht ausgeblieben — und Gash & Co. wären auf Grund ihres „Programms“ prügelnswert, wenn sie es nicht thun würden —, daß die Opposition die 4601 resp. 5164 Stimmen für die Opposition reklamiert und gegen die Ausschlässe gerichtet erklärt. Nach einer Beyerischen Siegesdepesche der B.-W. in der L. Z. sind für die Ausschlässe 60 Proz. der Mitglieder, logisch müßten also 40 Proz. der Mitglieder dagegen sein. Selbstverständlich hat Gash die 4000 faulen und indolenten Mitglieder, die sich der Urabstimmung enthielten, als willkommenen Beute in Beschlag genommen, um das Traurige seiner Niederlage zu bemänteln und nach Außen, namentlich in Nichtbuchdruckerkreisen, damit einen großen Eindruck hervorzurufen. Herr Gash hat natürlich so recht: 18816 Abstimmende = 100 Proz., davon 13759 mit „Ja“ = 60 Proz., 4601 mit „Nein“ = 40 Proz.; Summa Summarum 100 Proz.! Und da soll Einer sagen, daß diese Rechnung nicht stimmt! Abgesehen davon, daß mit diesen 4601 Stimmen keine 22 oppositionelle Delegierten zur Generalversammlung gewählt werden könnten, sind wir keinen Augenblick im Zweifel, daß noch nicht der vierte Teil dieser Stimmen dem Gash'schen Selbstlager entstammt. Lediglich das menschliche Mittel ist es, das ja ganz begreiflich ist und bei der Urabstimmung keine untergeordnete Rolle spielt. An der Thatsache ist aber nicht zu rütteln, daß in geheimer Abstimmung von rund 18000 Kollegen 13000 für die Befestigung der Sonderbündler aus den Reihen unserer Organisation gestimmt haben. Und warum? Weil derjenige, der sich in einer großen geschlossenen Vereinigung dem darin geltenden Gesamtwillen nicht unterordnen will, aus Selbsterhaltungsgründen und um das Gemeinwohl nicht zu schädigen, beseitigt werden muß. Ist das Vergewaltigung? Nein. Es hat der event. Ausschluß der Gashianer auch nichts mit der „Meinungsfreiheit“ zu thun. Denn wenn die „sach-

lichen“ Meinungsgegner der Opposition in ihrem Organe, dessen Redakteur auf einem eignen Kongresse durch Abstimmung, also durch den Mehrheitswillen der von der Opposition entsandten Delegierten gewählt ist, widerspruchslös gestatten, daß die von der Gesamtheit berufenen leitenden Personen des Verbandes als „Lumpen“, „Konfonden à la Tausch“ ufm. bezeichnet werden, so ist vollkommen Klarheit geschaffen, was die Opposition will: Anarchie an Stelle statutarischer Ordnung. Und dagegen mußte sich die Organisation unzweideutig erklären.

Zur Klarstellung.

In dem in Nr. 100 des Corr. enthaltenen Versammlungsbericht aus Straßburg bekommt wiederum der Corr. „sein gebührendes Teil“. Den Anlaß dazu gab — o Fronte des Schicksals! — ein angeblich im Corr. Gash gegenüber verübter „Vertrauensbruch“. Es ist dies derselbe Mann, dessen Kampfmittel zum größten Teil aus Vertrauensbrüchen bestehen. Verlangen die Straßburger Kollegen eine Aufzählung der von Gash verübten Vertrauensbrüche, dann stehen wir sofort zu Diensten. Somit ist diese Begründung für einen Tadel gegen den Corr. sehr deplaziert. Der betr. Einsender — ein außerhalb der Leitung stehender Kollege — hat damit einzig und allein bezwecken wollen, daß der elafstingliche Verband vor Schäden bewahrt bleiben sollte. Und in diesem Sinne haben auch wir gehandelt. Uebrigens hat es ja die Kollegenschaft Straßburgs in der Hand, unbekümmert um den deutschen Verband, Gash so oft einzuladen als sie will — aber es sollte dies am 1. Mai durch einen Handstreich geschehen. Nur infolge der Entrüstung eines großen Teiles der Mitglieder wagte es die betr. Kommission nicht, auf dem gefassten Beschlusse bestehen zu bleiben. Sie hatte wohl das Empfinden, daß ihre Sache in dieser Beziehung keine gesunde Grundlage habe. In Deutschland empfand man die Berufung Gash's nach Straßburg als einen Schlag gegen den deutschen Verband. Gash war auf der Generalversammlung wegen seiner Verleumdungen und Vertrauensbrüche einstimmig seines Amtes entsetzt und damit eine Verächtlichmachung seiner Person für alle mit uns kartellierten Verbände geschaffen worden. Diese Verächtlichmachung mußte sich um so mehr vertiefen, als Gash mit Hilfe eines eignen Organs die Beschlüsse der Gesamtheit in der widerlichsten Weise herunterzureihen begann. „Die Mehrheit war jedoch der Meinung, daß Beschlüsse, welche wir uns selbst auferlegen, weder unstatlich sind, noch gegen das demokratische Prinzip verstoßen, vielmehr diesem entfloßen sind“, somit auch gehalten werden müssen, abgesehen davon, daß in sachlicher Weise jedem Kollegen gestattet ist, seine abweichende Meinung geltend zu machen. Bei Gash handelt es sich um die Wiedererlangung der Herrschaft und um Rache für Sadowa, nicht um die Sache. Dies ging ja auch aus dem Inhalte der Depesche hervor.

Warum gibt man sich nun in Straßburg fortgesetzt Mühe, sich an dem deutschen Verbande zu reiben? Mit dem in dem Vordergrunde geschobenen Corr. kann man doch niemand täuschen. Es gewinnt den Anschein, als wolle man sich von den „Harmoniebüßern“ trennen, um mit den „Selbenbüßern“ à la Gash Hand in Hand zu gehen. Das ist eine Schaukel der Straßburger Kollegen, an deren Stelle wir eine offene Aussprache wünschen. Allerdings ist diese schon durch den s. B. gestellten Antrag auf Abschaffung des Corr.-Obligatoriums angedeutet worden. Es wäre uns persönlich angenehm gewesen, wenn dieser Antrag die Zustimmung der Mehrheit gefunden hätte; die mit Gash gemachten Erfahrungen und der naturnotwendige Zwiespalt im elafstinglichen Verbande würden dieser Mehrheit gar bald die Augen geöffnet haben. Was nun den Corr. selbst anlangt, „der sowieso in Straßburg im schlechtesten Ansehen steht“, so vertritt derselbe das Programm und die Taktik des deutschen Verbandes. Da man es nun seitens gewisser

Kretie in Strassburg nicht wagt, offen und direkt dieses Programm und die Taktik und damit den deutschen Verband selbst zu bekämpfen, so muß der Corr. als Sündenböckchen herhalten. Die B.-B. sorgt für das nötige Material, mit dessen Hilfe heute noch dem Erzvater Abraham die Mitschuld an dem Wiederaufleben der Tarifgemeinschaft nachgewiesen werden kann. Um die Mitglieder „in Stimmung zu bringen“, wurde s. Z. selbst auf der Generalversammlung in Metz nicht verschmäht, zu behaupten, der Corr. habe Einfindungen aus Strassburg nicht abgedruckt. Man hat in Strassburg geistlich die Antipositivität gegen den Corr. gezogen und sucht nun die Wirkung von uns unfortwährender Winterarbeit mit der „Daltung des Corr.“ zu begründen. Wir hielten nicht — wie Gash — um das Wohlwollen der Strassburger Kollegen. Wir vertreten mit unsrer Tätigkeit lediglich den Willen der deutschen Verbandsmitglieder auf Grund statutenmäßiger Beschlüsse. Will man in Strassburg auf Grund derselben nicht mehr mit dem deutschen Verbandspräsidenten — dann heraus mit der Sprache. Aber bevor man die eifrig-lothringischen Kollegen in folgenreichere Situationen drängt, informiere man sich an Ort und Stelle, und halte mit einem Urteile zurück, das, aus der Vogelperspektive gewonnen, leicht zu Täuschungen geneigt macht. Dies gilt für die sachliche wie für die persönliche Seite. Unsere Randbemerkungen gegenüber der Erklärung des Bezirksvorsitzenden waren durchaus berechtigt und weisen wir auf das Entschiedenste die beweislose und böswillige Behauptung zurück, daß wir damit eine „neue Verächtlichmachung dieser Kollegentreife“ beabsichtigt hätten. Solch erbärmliche Motive sind uns fremd. Uns gilt die Sache, wo es aber notwendig ist, kommt auf einen groben Klop auch ein grober Kell, und das von Rechts wegen. Die Redaktion.

Korrespondenzen.

R. Berlin. Die Messinglinienarbeiter waren am 17. August zu einer Versammlung einberufen, um über die Einführung des Tarifs zu beraten. Bereits im Frühjahr sind den hiesigen Prinzipalen die Tarife unterbreitet worden, Verhandlungen haben aber bisher nicht stattgefunden. Der Vorstand des Vereins der Schriftgießerei- und Arbeiterinnen, zu dessen Mitgliedern die Messinglinienarbeiter ebenfalls zählen, hielt es deshalb für angezeigt, jetzt der Sache näher zu treten, er glaubte damit einem übers zum Ausdruck gekommenen Verlangen zu entsprechen. Der Besuch der Versammlung war jedoch ein so mangelhafter, daß für die Allgemeinheit gültige Beschlüsse, wie die Einführung neuer Tarife, nicht gefaßt werden konnten, da die Mehrzahl und namentlich die Lohnarbeiter nicht erschienen waren. Die Versammlung war von 29 Messinglinienarbeitern besucht und sprach die Meinung aus, mit den Tarifen noch zu warten, bis die Prinzipale an uns herantreten. Von der Wohlmeinigen Offizin wurde erwähnt, daß sehr hohe Verdienste erzielt würden unter denkbarster Anspannung der Arbeitskraft. Daher werde es hier unmöglich sein, erhöhte Tarifpositionen zu verteidigen. Von den Mitgliedern der Verbands wurde erklärt, daß sie von ihrem Tarife, der der bessere sei, nicht heruntergehen würden. Bei der Genauigkeit, die in diesem Geschäft verlangt werde, könne nicht billiger gearbeitet werden. Der Vorsitzende erklärte, daß der Vorstand nicht auf dem Standpunkte stehe, zu warten bis die Prinzipale kommen. Aber wenn die Messinglinienarbeiter selbst kein Interesse zeigten, könne der Vorstand nichts für sie thun. Die Versammlung wurde hierauf verlagert mit dem Hinweis, etwaige Verhandlungen nicht ohne den Vorstand zu pflegen.

* **Brandenburg.** Die am Sonntag, den 22. August, in Potsdam abgehaltene Bezirksversammlung war von etwa 70 Kollegen besucht. Als Gäste wohnten vom Zentralvorstande die Kollegen Döblin und Hoffmann sowie andere Berliner Kollegen den Verhandlungen bei. Nicht vertreten waren die Orte Bernau, Alt-Landsberg, Lehmin, Rathenow und Kallberge-Müdersdorf. — Nach Erledigung des Kassenerichts wurden die Kollegen Prof. Schwib-Potsdam und Klöpfer-Ludowalde zu Revisoren gewählt. — In den Vorstand für 1898 wurden gewählt: An Stelle des Kollegen Theile, welchem es wegen anderweitiger Arbeitslast nicht möglich ist, das Amt weiter zu verwahren, Kollege Theile zum Vorsitzenden, Kollege Zimmermann, welcher wiedergewählt wurde, zum Kassierer und an Stelle des Kollegen Schulenburg Kollege Wipinger zum Schriftführer. — Kollege Döblin besprach in längerer Ausführungen die gegenwärtige Situation im Verband und beleuchtete dabei das Treiben der Opposition. Er verlas sodann das Protokoll der Verbandsversammlung, welches den Mitgliedern zwecks Urabstimmung zugehen werde, damit endlich darüber Klarheit geschaffen werde, nach welchem Willen die Mitglieder in Zukunft regiert sein wollen. Der Beifall der Versammlung während und am Schluß der Rede des Verbandsvorsitzenden bewies wohl deutlich, daß die Mitglieder das verbandschädigende Treiben der Opposition satt haben und den Vorstand in seinem Bestreben, den Beschlüssen des Verbandes Geltung zu verschaffen, nach Kräften unterstützen werden. In der Debatte wurde es von mehreren Rednern ebenfalls freudig begrüßt, daß der Vorstand sich endlich zur Urabstimmung entschlossen habe. — Bei Beratung der Gantags-Tagesordnung wurde der Antrag Potsdam, die Regelung der

Dienfrage betreffend, angenommen. Ferner wurde der Antrag Potsdam angenommen, dem § 22, Absatz 2 des Statutens einen Passus hinzuzufügen, betreffend die Zahlung des Gantagszuschusses an die durch Eintreten für den Tarif arbeitlos gewordenen Mitglieder. — Als Kandidaten zum Gantage wurden folgende Kollegen aufgestellt: Aus Brandenburg Theile, Zimmermann, Elassewicz, Schläwe; aus Potsdam Kabe, Böhme, Prof. Schwib, Stenisch; Seibel-Kauen, Klöpfer-Ludowalde, Kiewitt-Sköpold und Lehmann-Friedrichshagen. Der Vorsitzende Theile war ebenfalls vorgeschlagen, lehnte jedoch aus den oben bereits angeführten Gründen ab. Von diesen Kollegen sind acht als Delegierte zu wählen, diejenigen Kollegen, welche außerdem die meisten Stimmen aufzuweisen haben, gelten der Reihe nach als Stellvertreter. — Dem Kassierer wurde hierauf Decharge erteilt. — Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde wiederum Potsdam gewählt. — In einem Schlußworte hat der Verbandsvorsitzende die Kollegen, auch für die Zukunft fest zusammenzustehen, und brachte ein Hoch auf den Verband aus, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kr. Danzig. In der Erkenntnis der allgemeinen mitleidigen Lage der Berufsangehörigen sowie dem Bestreben vieler anderer Druckorte folgend, haben sich auch in Danzig die Maschinenmeister und Drucker zusammengethan und am 18. Juli einen Maschinenmeister-Verein ins Leben gerufen, dem fast alle Kollegen Danzigs beitraten. Der Verein will laut Statut auch die Provinzialkollegen Ostpreußens in seine Reihen aufnehmen. Es ergeht daher an die letzteren Kollegen die Bitte, sich diesem Vereine baldmöglichst anzuschließen. Alle Sendungen sind an den Vorsitzenden Donner in Danzig, Schiffsdamm 3011, zu richten.

H-n. Düsseldorf. (Bericht der am 22. August in Uerdingen abgehaltenen Bezirksversammlung.) Die Sitzung wurde um 4 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet unter Bedauern über den schwachen Besuch derselben (von 146 Mitgliedern waren nur 18 anwesend). Zum ersten Punkte der Tagesordnung, Bericht des Vorsitzenden, übergehend, bemerkte der letztere, daß sich die Verhältnisse im Bezirk im letzten Quartal um nichts geändert haben; ferner erwähnt derselbe die vom Zentralvorstande veranlaßte Urabstimmung bezüglich der Stellung zur Opposition und forderte die Kollegen auf, von ihrem Stimmrechte Gebrauch zu machen, um endlich Klarheit innerhalb unserer Organisation zu schaffen. Des Weiteren brachte Kollege Neuber den Kassenericht pro zweites Quartal zur Verlesung, da der Kassierer Sieberts am Erscheinen verhindert war. Kollege Neumann als Revisor betonte, daß die Kasse in ordnungsmäßigem Zustande sei und wurde darauf dem Kassierer Decharge erteilt. — Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Düsseldorf gewählt. — Unter Beschäftigten wurde noch die Kündigung der Mitglieder bei Strarber in Essen besprochen; ferner erfuhr auch das Produkt des rheinischen Tarif-Ausschusses eine vernichtende Kritik. Nach einviertheilständiger Dauer wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Kz. Duisburg. Zu der am Sonntag, den 22. August, Vormittags 10 Uhr, in Cleve abgehaltenen dritten diesjährigen Bezirksversammlung waren 37 Mitglieder erschienen (der Bezirk zählte Ende des zweiten Quartals 126 Mitglieder) und zwar waren vertreten Duisburg mit 17, Oberhausen mit 9, Wülheim (Ruhr) mit 3, Ruhrort mit 2, Cleve mit 5 und Emmerich mit 1 Mitglied. Auch einige Nichtmitglieder waren anwesend. Vom Gauvorstande war Kollege Müller erschienen. Die Versammlung wurde um halb 11 Uhr durch den Vorsitzenden Schach mit einer kurzen Begrüßung eröffnet. Nach Verlesen des Protokolls wurden die beiden letzten Artikel des Gauvorstandes verlesen und alsdann der Kassenericht pro zweites Quartal bekannt gegeben. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zum nächsten Punkte der Tagesordnung, Stellungnahme zu der vom Gauvorstande gefaßten Resolution betr. Tarifgemeinschaftsgegner, referierte Gauvorsteher Müller in längerer Ausführungen und gab der Versammlung die Gründe bekannt, welche den Gauvorstand zu diesen Maßnahmen bewegen hätten, betonend, daß es höchste Zeit wäre, dem verbandschädigenden Treiben der sogenannten sachlichen Opposition ein energisches Veto entgegenzusetzen. Nach längerer Debatte und nachdem ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt worden war, wurde zur Abstimmung geschritten. Es erklärte sich die Versammlung gegen 3 Stimmen mit den Maßnahmen des Gauvorstandes einverstanden. Unter „Anträge“ hatte der Ortsverein Wülheim (Ruhr) folgenden Antrag gestellt: „Die am 22. August in Cleve tagende Bezirksversammlung wolle den Gauvorstand veranlassen, den erriichten Arbeitsnachweis nicht den Konsequenzen des § 45 des Tarifs zu unterstellen, da eine derartige Maßnahme nichts anderes als eine nachteilige Isolierung der nicht zu tarifmäßigen Bedingungen arbeitenden Mitglieder bedeutet, die doch ebenfalls ein bedingungsloses Anrecht auf die Hilfe der Arbeitsnachweise haben.“ Ueber diesen Antrag wurde mit 18 gegen 16 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen. Ein weiterer Antrag des Ortsvereins Ruhrort betr. Dedung des Defizits beim Bezirks-Johannisfeste wurde zur Erledigung den einzelnen Mitgliedern überwiesen. Als Ort zur Abhaltung der nächsten Bezirksversammlung wurde Wülheim bestimmt. Unter „Verschiedenes“ richtete Gauvorsteher Müller einen warmen Appell an die anwesenden Nicht-

mitglieder, sich baldmöglichst anzuschließen. Alsdann wurde der demnach in Kraft tretende „Sondertarif“ für Rheinland-Westfalen einer scharfen Kritik unterzogen. Nachdem noch Kollege Schach den Clever Kollegen ans Herz gelegt, auch demnach im Bezirke Krefeld gerade so treu und fest zum Verbands zu stehen, wie sie es bisher im Bezirke Duisburg gethan hätten, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. — Nach Schluß der Versammlung nahm man gemeinschaftlich das Mittagessen ein und widmete den Nachmittag einem kurzen Ausfluge sowie einer Besichtigung von Cleve. Leider zu früh schlug die Stunde zur Abfahrt und damit gleichzeitig die Trennungsstunde der Clever Kollegen vom Bezirke Duisburg, denn bekanntlich gehört Cleve vom 1. Oktober ab zu dem neuen Bezirke Krefeld.

Frankfurt a. M. Am Sonntag, den 22. August, fand wieder eine Allgemeine Drucker- und Maschinenmeister-Versammlung im König von England statt. Vom Kollegen Eckhardt wurde zunächst das Resultat der Delegiertenwahl mitgeteilt. Es erhielten Eckhardt 79, W. Schmidt 41, F. v. Lospicht 3 Stimmen, gesplittert 2. Ueber die Wahl selbst entpaukte sich hierauf eine recht unerquickliche Debatte, deren weitere Erledigung einer spätern Sitzung vorbehalten bleibt. Um noch Anträge zu dem Kongresse zu stellen, war der Termin bereits verstrichen. Die Weitergabe der Debatte über die vorliegenden Anträge zum Kongress ist durch die Beschlüsse des letztern nutzlos geworden. — In der persönlichen Angelegenheit Stein, Sauer-Offenbach wurde ebenfalls eine Sitzung abgehalten.

Frankfurt a. M. Das hiesige freimüthige Leibblatt des Herrn Gash, die Frfr. Volksstimme, brachte natürlich den Entrüstungsartikel der Leipz. Volkszeitung als — Originalartikel. Derselbe sparte dadurch neben der geistigen Thätigkeit noch das schöne Salair von 3 bis 4 Mk. die Zeile zu dem üblichen Preise von 2 Pf. berechnet. Der Erfolg des Artikels war denn auch ein verbitterter. Der Vorsitzende des Frankfurter Kartells Elbert hat aus dem Artikel die Ueberzeugung gewonnen, daß das Leipziger Kartell mit seiner Ausweisung der Tarifgemeinschaftsfreunde s. Z. einen „welken Blatt“ betundet habe. Arme Buchdrucker!

p. Halle a. S. Eine am 21. August im Gasthose zu den drei Königen abgehaltene Buchdrucker-Versammlung hatte sich in der Hauptsache mit dem Beschlusse der letzten Versammlung des Gewerkschaftsartells über den vom Vertreter der Buchdrucker gestellten Antrag zu beschäftigen. Wie bekannt, handelte es sich um den Ausschluß der in einer öffentlichen Versammlung ordnungsmäßig gewählten Vertreter (Reghäuser und Genossen) der Buchdrucker im Leipziger Gewerkschaftsartell. Das hiesige Gewerkschaftsartell nahm nun damals Veranlassung, diese Angelegenheit auch seinerseits zur Sprache zu bringen. In dieser Sitzung, zu welcher auch Gash aus Leipzig erschienen war, wurden wohl die Buchdrucker ob ihrer bösen Tarifgemeinschaft heruntergerissen, aber über die Ausschlußangelegenheit, worauf es doch ankam, kam man zu keinem Beschlusse. Die Halleischen Buchdrucker waren natürlich damit nicht befriedigt und eine bald darauf abgehaltene Buchdrucker-Versammlung (wo Gash nicht erschien) forderte denn auch, daß das Gewerkschaftsartell auf die ja selbst aufgeworfene Frage eine Antwort gebe, welche Klapp und klar ausspreche, ob das Leipziger Gewerkschaftsartell im Recht oder Unrecht war und nicht wie bisher wie die Kasse um den heißen Brei gehe. Die Antwort haben die Halleischen Buchdrucker bekommen, vielmehr nicht bekommen: man ging über diesen Antrag im hiesigen Gewerkschaftsartell zur Tagesordnung über. Kollege Friedrich als Vertreter der Buchdrucker schilderte den Verlauf dieser Sitzung, die so recht wieder die Antipositivität gegen die Buchdrucker zeige. Schon der Ausspruch des Gewerkschaftsführers Dehmann, daß sie (nämlich die Vertreter) ihr Urteil über die Buchdrucker schon längst abgegeben hätten und jeder Arbeiter doch wüßte, was man von den Buchdruckern zu halten habe, sei so recht bezeichnend. Wir sollten eben nicht Recht bekommen, denn auf die Sache selbst ging man nicht ein. Nicht die angegebene Tarifgemeinschaft stand auf der Tagesordnung, nicht darum konnte es sich handeln, ob die Buchdrucker arbeiterfeindlich, ob sie Harmoniebücker sind, sondern einzig und allein die Ausschlußangelegenheit in Leipzig. Er habe in dem Jahre seiner Thätigkeit als Kartellmitglied alles versucht, eine bessere Verständigung mit den anderen Arbeiterkategorien herbeizuführen, es sei aber gescheitert. Unter diesen Umständen könne er nicht länger Vertreter einer der stärksten Gewerkschaftsorganisationen im Kartell sein, wenn man sich solches bieten lassen müsse. Er lege hiermit sein Amt nieder. In der Diskussion wurde von allen Rednern die Rursichtigkeit und Inkonsequenz innerhalb des Gewerkschaftsartells gekehrt und die Zurückziehung der Vertreter beantragt. Die Leipziger Kollegen, deren Vertreter zurückgewiesen worden seien, würden ohne Kartell fertig, also könnten wir es ja auch einmal versuchen. Zum Schluß wurde ein Antrag gegen fünf Stimmen angenommen, es dem Gewerkschaftsartell gleich zu thun und über die Sache zur Tagesordnung überzugehen. — Ein weiterer Punkt betr. der Aufstellung von Kandidaten zur Gewerbegerichts Wahl wurde in Konsequenz des vorigen Beschlusses ebenfalls durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — Die Frage über das Herbergsweien fand in der Erklärung ihre Erledigung, daß die reisenden Buchdrucker noch keine Klage über den Halleischen Verkehr geführt hätten. Sollte eine Statistik ausgearbeitet werden, so wolle

man dieselbe ausfüllen. — Unter Verschiedenen brachte der Vorsitzende die Maschinenmeister-Konferenz zur Sprache und ersuchte um zahlreiche Beteiligung auch an den sonstigen Veranstaltungen. — Eine Debatte veranlaßte hierauf Kollege Raß durch seine Anregung, das hiesige Buchdrucker-Schiedsgericht bei Benachteiligungen der Kollegen fleißiger zu benutzen. Wenn man alle Fälle diesem unterbreite, könne man prüfen, inwieweit der Tarif bezahlt werde. Die Kollegen möchten nicht hinter dem Kästen zurückbleiben, sondern ihr Recht fordern. — Hierauf wurde die anregend verlaufene, von etwa 50 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Landesberg a. W. Auch die Verhältnisse dieser Stadt wollen wir einmal schildern, um den Kollegen bei event. Angebote von Konditionen die Augen zu öffnen. In den beiden größten Druckereien, R. Schneider & Sohn und v. Rippenitz & Spierling, werden in ersterer bei 16 Gehilfen 10 Lehrlinge und in der anderen bei 8 Gehilfen 10 Lehrlinge ausgebildet. Trotzdem können sich die Gehilfen nicht aufraffen, andere, bessere Verhältnisse herbeizuführen. In den anderen drei kleineren „Erttmühlern“ werden fast nur Lehrlinge ausgebildet. Die Bezahlung ist einfach großartig, Löhne von 12 Mk. an bis 18 Mk. — nur mit einigen Ausnahmen — gehören nur zu den Seltenheiten. Selbstredend wird bei Einstellung von Sepern nur die Marke R.-V. berücksichtigt. Zu allem Schreck hat seit 20. Juni d. J. in der größten Druckerei S. & S. der „eiserne“ Kollege, der „Typograph“, seinen Einzug gehalten und der an dieser Maschine ausgebildete „Operator“ hat ein Gehalt von 20,50 Mk. und dies erst seit einer Woche, früher nur 19,50 Mk. Es sind dies Zustände, wie sie in einer Stadt von 32000 Einwohnern sonst schwerlich zu finden sind. Außerdem ist es sogar dem Prinzipal eingefallen, an der Segmaschine einen Lehrling ausbilden zu lassen. Da hört denn bald alles auf und trotzdem wollen sich die Kollegen nie unserer Organisation anschließen, den „Gutenberg-Bund“ als einzigen Zustuchtsort betrachtend.

Bezirk Magdeburg. Die am 1. Mai d. J. angenommene Statistik konnte bisher leider noch nicht das Licht der Welt erblicken, da die Altmark uns zu Zweidrittel im Stich ließ, wir sonach die diese Orte betreffenden Angaben erst mit vielen Mühen auf Umwegen einholen mußten; es kommen hierbei die Orte Bismark, Beetzendorf, Calbe a. M., Cloeje, Garbelegen, Hiersburg, außerdem noch Gadmersleben in Betracht — was mögen die betreffenden Adressaten wohl mit dem Rückporto angefangen haben? Im ganzen mußten wir über 17 Druckereien (davon 8 in Magdeburg) nachträglich Recherchen anstellen, immer kann das jetzt vorliegende Material als genügend orientierend bezeichnet werden. Die Drucker-Verhältnisse zu beleuchten ist uns durch Nr. 87 des Corr. vom 3. August erlassen worden, für welche Gefälligkeit der betreffende Kollege unserm Dankes gewiß sein kann. Auf den beiden Fragebogen waren insgesamt 56 Fragen gestellt, deren Beantwortung anscheinend manchem Aussteller recht schwer gefallen ist. Im ganzen werden in 26 Orten mit 87 Druckereien und 1 Gießerei 626 Gehilfen beschäftigt, darunter 24 Faktoren, 12 Korrektoren, 107 Drucker resp. Schweizerdegen, 8 Gießer und 5 Stereotypenre, das Gros stellen natürlich die Seper und zwar in Stärke von 470 Mann. Von diesen 626 Gehilfen gehörten am 1. Mai 218 dem Verband an. Die Bezahlung dieser kleinen Buchdruckerarmee ist wie folgt: 340 über Minimum (hier sind aber die 63 Faberischen Zeitungseper sowie 13 tarifmäßig berechnende Seper zweier anderer Druckereien einbezogen), zum Minimum 103, nach § 33 des Tarifs 18, unter Minimum 121, fraglich ist der Lohn bei 54, wird aber wohl meist das Minimum nicht erreichen. — Damit es unserm Gewerbe nur ja nicht an dem „Nützlichsten“ ermangele, sind unsere Prinzipale diesseits und jenseits der Elbe fürsorglich auf Stärkung des Nachwuchses bedacht; im ganzen zählen wir 288 Böglinge: 228 Seper, 56 Drucker und 4 Gießer. — Herr halte ein mit deinem Segen! Eine kleine Verbesserung ist aber doch in der Lehrlingsmiserie zu verpönnen: so ist die Zahl der keine Lehrlinge haltenden Druckereien auf 14 gesunken, in 17 sind in diesem Jahr überhaupt keine eingestellt worden, in 14 hat die Lehrlingszahl um 25 ab-, dagegen in 13 um 16 zugenommen, in 13 Druckereien lernten 25 Lehrlinge aus und ebensovielen wurden eingestellt, alles in allem bietet ein Rückgang von etwa 12 zu konstatieren. Schönebeck, in bezug auf Arbeitszeit und Lehrlingswirtschaft natürlich immer „vorne“ an: 12 Gehilfen und 34 Lehrlinge, Arbeitszeit unter effektiv 10 Stunden „is nicht!“ Gegen die Lehrlingsstala verstoßen bloß 46 Druckereien, darunter verschiedene „tariflospalende“. — Günstigeres ist über die Befürzung der Arbeitszeit zu berichten: 248 Gehilfen in 18 Druckereien konnten daran partizipieren und zwar um 1/2 Stunde in 1 Dr. 7 Geh., um 1/2 Stunde in 16 Dr. 236 Geh. und um 1 Stunde in 1 Dr. 2 Geh. 4 Dr. wurden erst nach der Tarifeinführung gegründet, führten sofort tarifmäßige Arbeitszeit ein und beschäftigten 14 Geh.; in 8 Geschäften mit 212 Geh. bestand schon länger die tarifmäßige resp. noch kürzere Arbeitszeit, so daß also am 1. Mai d. J. in 27 Dr. und 1 Gießerei mit 459 Gehilfen die neunstündige Arbeitszeit eingeführt war (1 Dr. mit 8 Geh. mußten wir hier abgehen, weil trotz Befürzung die Arbeitszeit noch eine 9 1/2stündige ist). Länger als vorgeschrieben lassen 61 Dr. arbeiten, die 167 Gehilfen beschäftigen und zwar effektiv 9 1/2 Stunden 1 Dr. mit 7 Geh., 9 1/2 St. 20 Dr. mit 70 Geh., 10 St. 12 Dr. mit 41 Geh., 10 1/2 St. 4 Dr. mit 10 Geh. und

fraglich ist die Arbeitszeit bei 39 Gehilfen, wird aber wohl wie beim Lohn in allen Fällen eine untarifmäßige sein. — Die Ueberstundenfrage läßt sich noch an, in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Druckereien werden überhaupt keine gemacht, in anderen nur sehr wenige, doch sind aber auch Fälle anzuführen, wo jährlich 250, 180, 150 usw. Ueberstunden auf den Mann entfallen — wieviel Kollegen könnten bei vernünftiger Einstellung resp. Einrichtung hier nicht untergebracht werden? Die Vollstimmte, die mit 180 Stunden figuriert, wird in den neuen, größeren Räumen vom Oktober ab wohl darin Wandel schaffen. Die Bezahlung der Ueberstunden ist in 21 Druckereien eine tarifmäßige, in 34 nicht, sonst war darüber weiter nichts zu ermitteln; doch ja, in 1 Druckerei — Sörgler — müssen die Lehrlinge in unmenslicher Weise (die Anzahl der Stunden wollen wir lieber verschweigen) überarbeiten und dies geschieht in Magdeburg! — Anerkannt wurde der Tarif in 11 Druckereien schriftlich, in 22 Druckereien mündlich — wird aber leider von diesen 33 Geschäften nicht durchweg eingehalten; die Gehilfen müssen da scharf auf dem Damm sein, sonst bröckelt es! — An Stereotypie-Apparaten sind 44 Stück vorhanden, an denen 10 gelehrte Buchdrucker und 13 Hilfsarbeiter beschäftigt sind. — Buchbinderei ist zweimal als Haupt- und zweimal als Nebenbetrieb, Stein- und Buchdruckerei einmal als Haupt- und viermal als Nebenbetrieb aufgeführt, Kartonagen usw. auch in einigen Fällen. — Zwei Geschäfte sind nur Fabrikdruckereien, arbeiten also lediglich für eignen Bedarf, in denselben gibt es wie in 2 anderen Druckereien Stundenentlohnung. — Zettungen erscheinen insgesamt 38 in 25 Orten. — Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß in Lebißfeld der Faktor gelehrter Maler, der Drucker gelehrter Buchbinder ist, die können natürlich gar prächtig einen jungen Menschen in die Mystiker der Kunst einweihen! — Alles in allem: die Statistik ist eine Fundgrube, die darauf verwandte Arbeit wird und muß Früchte tragen, das Geld soll nicht dergestalt verausgabt sein; laßt, Kollegen, die Zahlen sprechen, bedenkt, was sie sprechen — und handelt danach! — Die Gegenüberstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Buchdruckereien und Schriftgießereien Magdeburgs im Monat März 1896 zeigt gegen den Monat Mai 1897 (die letzteren Daten in Parenthesen) folgendes Bild: In 41 (49) Betrieben wurden beschäftigt Faktoren 16 (20), Korrektoren 9 (11), Seper 340 (356), Drucker 71 (81), Gießer usw. 11 (12), insgesamt 447 (480); es wurden entlohnt tarifmäßig im Berechnen 16 (13), über Minimum Seper 133 (123), Drucker 44 (50), Gießer 9 (10), zum Minimum Seper 39 (56), Drucker 10 (8), Gießer 2 (1), unter Minimum Seper 76 (58), Drucker 17 (20), hiervon im ersten Jahre 22 (25); Ueberstunden tarifmäßig in 12 (16), nichttarifmäßig in 21 (23) Druckereien; Lehrlinge waren vorhanden Seper 118 (109), Drucker 37 (40), Gießer usw. 4 (4); ihre Lehrlinge beendeten Seper 21 (33), Drucker 6 (10), Gießer 1 (—); die effektive Arbeitszeit betrug in 3 (2) Druckereien 8 1/2 St., in 3 (19): 9, in 28 (14): 9 1/2, in 5 (6): 10, 4 (8) Dr. war hierüber nichts zu erfahren. — Die Statistik weist gegen das Vorjahr 8 Betriebe und 33 Gehilfen mehr auf. Die letzteren verteilen sich auf 4 Faktoren, 2 Korrektoren, 16 Seper, 10 Drucker und 1 Gießer. — Die tarifmäßig im Berechnen stehenden Seper verringerten sich um 3. — Während die über Minimum entlohten Seper sich um 10 verringerten, vermehrte sich diese Zahl bei den Druckern um 6 und den Gießern um 1. Dagegen wurden zum Minimum gegen das Vorjahr 17 Seper mehr entlohnt; auch verringerte sich die Zahl der unter Minimum entlohten Seper um 18, während sie sich bei den Druckern um 3 vermehrte. Unter diesen befanden sich außerdem noch gegen das Vorjahr 3 mehr im ersten Jahre nach der Lehrlinge. Die tarifmäßige Bezahlung der Ueberstunden vermehrte sich durch 3 Offizinen, während gleichfalls die nichttarifmäßige Bezahlung derselben um 2 zunahm. Lehrlinge waren gegen das Vorjahr 9 Seper weniger und 3 Drucker mehr vorhanden, während sich das Verhältnis bei den Gießern hob. — Ihre Lehrlinge beendeten gegen das Vorjahr mehr 12 Seper und 4 Drucker, während Gießer nicht auslerteten. Eine Befürzung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde hat in 11 Betrieben mit insgesamt 229 Gehilfen stattgefunden, so daß nunmehr in 21 Druckereien mit 389 Gehilfen die Arbeitszeit eine tarifmäßige ist, während dieselbe in 20 Betrieben mit 80 Gehilfen mehr als 9 Stunden beträgt und in 8 dieselbe nicht zu ermitteln war.

Magdeburg. In dem von hier in Nr. 97 des Corr. veröffentlichten Bericht heißt es u. a.: „... Daß dem einmütigen Zusammenstehen der Kollegen konnte dieser Schlag pariert, die Kündigungen rückgängig gemacht werden.“ Es handelte sich um die Druckerei des Generalangeters. Tatsache jedoch ist, daß die betreffende Angelegenheit einen Konflikt nicht zeitigte, sondern in beiderseitigem Einverständnis lediglich infolge ruhiger und sachlicher Aussprache geregelt wurde.

Marsburg. Schon geraume Zeit ist es her, daß von hier aus nichts mehr in den Spalten unseres Verbandsorgans zu lesen war. Schreiber dieser Zeilen hatte seither keinen Grund, über das Verhalten der hiesigen Opposition irgendwelche Klage zu führen, da sich dieselbe bisher in anständig zu nennenden Grenzen bewegte. Von dieser Taktil scheint man indes in letzter Zeit vollständig abgetommen zu sein, indem ein Ton angeschlagen wird, der nicht weniger als schon ist und der in einer auf Wittwoch, den 25. August, anberaumten Versammlung so recht zum Aus-

drucke kam und bewies, wohin auch einzelne Mitglieder der Opposition steuern. In dieser Versammlung sagte ein Redner, daß mit denjenigen Kollegen, die am morgigen Tage bei der Urabstimmung ihr Votum mit „Ja“ abgegeben würden, keine Gemeinschaft mehr bestehen könnte, sein wahrer Kollege könnte mit diesen mehr verkehren; vielmehr müßten dieselben verachtet werden. Weiter wurde in dieser Versammlung eine Resolution eingebracht des Inhaltes, daß jedes Mitglied erklären solle, ob es mit Ja oder Nein stimmen wolle. Da ist doch jedenfalls die Frage am Platze, ob ein solches Verlangen nicht an Terrorismus und Vergewaltigung grenzt. Glücklicherweise ging die Versammlung hierüber zur Tagesordnung über. Wer noch ein wenig Gefühl für Recht und Billigkeit besitzt, muß sich von einer derartig in Szene gesetzten Opposition loslagern. Bedauerlicherweise ist es auch hier Mode geworden, daß sich langjährig erprobte Mitglieder, die hier und anderwärts oft unter schwierigen Verhältnissen die gerechte Sache unsers Verbandes unerschrocken vertreten haben und noch vertreten, von ganz jungen Leuten in den Versammlungen die größten Injulten sagen lassen müssen. Nur immer so weiter, wer Wind säet, wird Sturm ernten. Für heute möge das genügen, viellecht ein andermal mehr; bemerkt sei jedoch im Voraus, daß auf etwaige Ausfälle in der V.-V. keine Antwort erfolgen wird, da dieses Organ mit der Wahrheit nichts zu thun hat.

Winden i. B. Das gelungene Wort Ven Abbas: „Alles schon dagewesen“, wird, wenn man dasselbe auf die in einer hiesigen Druckerei herrschenden Verhältnisse anwenden will, thatsächlich hinfällig. Die Zustände, wie sie hier in der „patriotischen“ Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung Wilhelm Köhler herrschen, ipoten fast jeder Beschreibung. Allen Kollegen seien deshalb nachstehende Zeilen zur Beachtung empfohlen. Die Lohnverhältnisse sind die denkbar schlechtesten. Berechnet wird daselbst zu 28 resp. 30 Pf., das geniste Geld schwankt zwischen 15 und 20 Mk., ausgenommen ein Faktor und zwei Maschinenmeister. Kommt es trotz dieser schlechten Preise vor, daß die berednenden Seper etwas über das Minimum herauschlagen (dies ist jedoch nur durch Ueberanstrengung zu erreichen), so bedeutet der Herr Chef dem Retteur, den Leuten dürfe nicht so viel „Speck“ verabsorbt werden. Doch dies ist noch nicht das Schlimmste. Die Feder sträubt sich niederzuschreiben, was die Behandlung des Personals anlangt, trotz unserm im Reichen der „Humanität“ und „Arbeiterfreundlichkeit“ stehenden Jahrhundert. Was in dieser Beziehung hierüber geschrieben werden könnte, geht auf keine „Kuhhaut“. Vor einiger Zeit wurde den Sepern zugemutet, die ausgedruckten Formen aus dem Maschinenstuhl in die Sepererei zu schleppen. (Nebenbei bemerkt, haben zwei Maschinenmeister mit einem Lehrlinge sieben Maschinen zu bedienen, außerdem Hilfsarbeiten wie Motor und Stereotypie usw. zu versorgen.) Auf die Erwiderung eines Kollegen, daß das Formenschleppen keine Seperarbeit sei, entblödete sich der Chef nicht, den Kollegen diverse Schmeicheleien, wie „dumme Jungens“ usw., an den Kopf zu werfen und falls es nötig sei, Belohnung mit dem Knüttel zuzuführen. Ferner: Einem im Berechnen arbeitenden Kollegen wurde ohne weiteres der Antrag gestellt, pro Stunde für 30 Pf. Anzeigen im Gewisselbe zu setzen. Als der betr. Kollege diese Zumutung dankend ablehnte, wurde ihm, falls er sein „freches Wesen“ nicht einstelle, „Sprechen unter vier Augen“ angeboten. Was damit gemeint sein soll, begreift wohl ein jeder ohne weitere Erläuterung. Dann wurde einem andern Kollegen der ehrenvolle Auftrag erteilt, in der Buchbinderei Hausknecht zu spielen (Palette machen). Da sich dieser Kollege ebenfalls weigerte, wurde ihm gesagt, er solle sich von den „Rindviehdieren und Hornochsen“ in der Sepererei nicht verstoßen lassen. Auf diese mehr als schmeichelhaften Benennungen reichten dann am 14. d. M. fünf Kollegen ihre Kündigung ein. Von dem Tag an hielt es der Chef nicht für nötig, bei der ersten Besichtigung der Sepererei vormittags den „Herren“ Sepern einen „guten Morgen“ zu bieten. Als sich dieserhalb ein Kollege erlaubte, dem Chef beim Betreten des Seperzimmers einen „Guten Morgen“ zu bieten, wurde der Kollege mit Titulaturen wie „Lümmel“, „frecher Durche“ usw. angefahren ihm auch „Schläge hinter die Ohren“ angeboten. Schließlich wurde ihm noch bedeutet, er solle sofort das Geschäft verlassen, welcher Aufforderung derselbe auch leichten Herzens Folge leistete. Besagter Kollege hat bereits seiner Mitbürgerpflicht genügt und steht annähernd auf derselben Altersstufe wie der „Herr“ Prinzipal, er wird letztem als Kurzulegen wissen, auf welche Weise er zu seinem Rechte kommt. Vorstehende Zeilen illustrieren die Zustände in dem „Kunststempel“, von dem nun sechs Kollegen mit nicht allzu schweren Herzen scheiden, wohl zur Genüge.

tz. Nürnberg. Zu der am Samstag, den 14. August, hier abgehaltenen Allgemeinen Buchdrucker-Versammlung für Nürnberg-Fürth waren leider keine Nichtmitglieder und nur 30 bis 40 Verbandsmitglieder erschienen. Zum ersten Punkte der Tagesordnung wurde eine fünfgliedrige Tarifkommission gewählt und zwar die Kollegen Link, Bötsch, Seif (Nürnberg), Diez und Scherzer (Fürth). Beim zweiten Punkte wurden in der Debatte über die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Nürnberg-Fürth im Für und Wider die allbekanntesten Motive geltend gemacht. Die Abstimmung zeitigte die Ablehnung des Arbeitsnachweises. — Als Ersatzmann für einen Schiedsgerichtsbeisitzer wurde Kollege Scherzer-Fürth gewählt.

Die Erledigung des Punktes „Vergebung der behördlichen Arbeiten an nur wirklich tarifstreu Druckerien“ gipfelte in der Annahme einer sinnigen Resolution. — Hundert Exemplare von der Schiedsgerichts-Geschäftsordnung sollen angeschafft und an die Interessenten zum Preise von 2 Pf. (diese Ziffer ist unerlässlich) abgegeben werden. — Unter Tarifliche teilte der Vorsitzende mit, daß er auf eine Anfrage des Tarif-Amtes, „ob der Ausschluß der Kündigung tarifswidrig sei“, den Bescheid erhielt: „Wenn die Kündigung im gegenseitigen Einverständnis ausgeschlossen wurde und dieser Vermerk in der Fabrikordnung enthalten, ist eine Tarifwidrigkeit darin nicht zu erblicken.“ — Verschiedene Mißstände und das der Kollegialität zuwiderlaufende Verhalten einiger Kollegen einer hiesigen Kunstanstalt wurden noch getadelt; hierauf Schluß der Versammlung. — Rüge der Geistl., daß die Mitglieder berufen und verpflichtet sind, den Verhandlungen unter allen Umständen anzuwohnen, für die Folge ein immer mehr sich bahnbrechender werden.

K. Offenbach a. M. Als Belag für die Arbeiterfreundlichkeit mancher Unternehmer diene folgendes „Musterzeugnis“ der tarifstreuen Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau dahier. „Zeugnis: Herr G. S. aus Fulda war vom 10. Mai cr. bis 5. August cr. als Maschinenmeister in unserer Hausdruckerlei thätig. Leider mußten wir denselben wegen uns nicht genügender Leistungen am 31. Juli cr. kündigen und am 5. August cr. wegen grober Beleidigung und Bedrohungen unserer Faktors sofort entlassen. Mit seiner Klage auf Zahlung des verzehtägigen Lohnes wurde Herr S. vom hiesigen Gewerbegericht kostenpflichtig abgewiesen und steht gegen denselben die weitere Verhandlung in der Privatklage des Faktors wegen Beleidigung noch bevor. Offenbach a. M., 14. August 1897. Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau. p. Wiegand.“ Gegen diesen Erzeugnis erhob S. natürlich Klage und wurde die Firma gezwungen, demselben ein ordnungsmäßiges Zeugnis auszustellen. Zu der in obigem Zeugnis gebrauchten Wendung „wegen uns nicht genügender Leistungen“ sei bemerkt, daß demselben durch den Protokollisten Wiegand wiederholt die Zufriedenheit der Firma ausgesprochen wurde und S. noch 14 Tage vor seiner Kündigung 2 Mk. Lohnzulage freiwillig erhielt. Es ist gewiß ein hartes Stück, angesichts solcher Thatfachen ein Zeugnis, wie das vorstehende, auszustellen. Zur Kennzeichnung der Firma sei daselbe daher hierher gestellt.

-1. Pforzheim, 6. September. Der Senior der hiesigen Buchdrucker, unser Mitglied Wilsons Baumann, erhielt am Donnerstag die vom Großherzog von Baden gestiftete Medaille „Für treue Dienste“. Kollege Baumann ist seit März 1862 in der Druckerlei des hiesigen Anzeigers thätig und seit 1871 Mitglied des Verbandes. Um diesen Ehrentag des Kollegen Baumann nicht sang- und klanglos vorübergehen zu lassen, veranstaltet der hiesige Ortsverein Sonntag, den 12. d. M., im Gasthause zum goldenen Löwen (Zentralherberge und Vereinstokal der Vereinigten Gewerkschaften) eine Familienfeier, bei welcher Gelegenheit dem Jubilare seitens der Kollegen im Anzeiger wie auch seitens des Ortsvereins verschiedene Ehrungen zugebracht sind.

Berichtigung. In dem Kongressbericht in Nr. 100 des Corr. heißt es bei den Ausführungen von Altermann-Wünder: „Ich teile die Befürchtung des Kollegen Bente nicht, daß durch die Gründung von Maschinenmeistervereinen der Besuch der Verbandversammlungen schlechter wird.“ Ich habe dem Kollegen Altermann zu diesem Hinweise keinen Anlaß gegeben, denn ich habe thatsächlich gesagt: „Trotz Gründung von Maschinenmeistervereinen sind die Verbandversammlungen von den Druckern und Maschinenmeistern schlecht besucht und sind es immer nur einzelne, welche sich an allen Verbandsangelegenheiten beteiligen.“ Hugo Bente.

Berichtigung. Unter den auf der ersten Seite der Nr. 100 des Corr. abgedruckten Begrüßungsgrammen zum Maschinenmeister-Kongresse muß es bei „Darmstadt“ heißen: „in Verbindung mit den Maschinenmeistervereinen Heidelberg, Mainz und Mannheim-Ludwigshafen“.

Rundschau.

In Berlin wird zur Zeit ein altes Druckhaus abgerissen, um einem Neubau Platz zu machen. Es ist dies das Haus Zimmerstraße 29, das im Anfange des vorigen Jahrhunderts erbaut wurde und der Verlagsbuchhandlung A. W. Haysns Erben gehört. Ein Vorjahr des jetzigen Inhabers, Gottfried Haysn, gründete darin eine Buchdruckerlei und Verlagsanstalt, welche das erste „Berliner Anzeigenblatt“ (später „Intelligenzblatt“) herausgab. Nachfolger des Gründers war der Kommerzienrat A. W. Haysn, der während des sogenannten Befreiungskrieges auch als Feldbruder thätig war. In seiner Offizin wurde auch die „Staatszeitung“, aus der später der „Staatsanzeiger“ hervorging, gedruckt. — Das „Intelligenzblatt“ gehörte dem Potsdamer Waisenhaus, welchem Haysn als Pächter zuletzt jährlich 40000 Thaler zahlte. Da nach der 48er Revolution der Zwang, jedes zur Veröffentlichung gelangende Inserat auch im Intelligenzblatt aufnehmen zu lassen, in Wegfall kam, so ging das Blatt gegen Zahlung einer größeren Absumme nach dieser Zeit in den Besitz Haysns über.

Der Steindruckereibesitzer Köhler in Erfurt hat nach Ansicht des Kammergerichtes die Verordnung, die Heiligung der Sonn- und Festtage betr., dadurch übertreten, daß er in einem unterhüllten Schaufenster Bistrentarten und Rechnungsformulare ausstellte. Schöffengericht Landgericht hatten auf Freisprechung erkannt, da es sich nicht um eine Ausstellung von Waren, sondern um unverkäufliche Schaustücke handelte. Das Kammergericht befand, daß Warenmuster auch Waren seien. Die betr. Verordnung bezwecke, dem Auge des Passanten alles zu entziehen, was einen vertägligen Eindruck mache.

Die Druckerlei des Merseburger Kreisblattes von A. Leibholdt ging in den Besitz des Herrn Rud. Petne, bisher Redakteur am Generalanzeiger in Halle, über.

Der Niederschl. Courier geht am 1. Oktober in den Besitz eines Konjunktions, der freisinnigen Volkspartei angehörend, über. Bisheriger Besitzer des Blattes war der Buchdruckereibesitzer Guido Wolf in Bunzlau.

In Germania in Bessarabien starb am 16. August der Volksdichter Joseph Schiller. In den 70er Jahren gab derselbe in Reichenberg i. W. die Sozialpolit. Rundschau, später den Arbeiterfreund, dann den Kaditalen und 1889 bis 1893 den Freirecht heraus. Im vorigen Jahre ging er nach Amerika.

§ 153 der G.-O. findet seitens der Arbeiter noch immer nicht die gebührende Achtung und wird von deren Gegnern in ausgiebigstem Maße benützt, „um Exempel zu statuieren“. So wurden in Dresden ein Maurer zu 6 Monaten Gefängnis und 1 Woche Haft, ein zweiter zu 5 Monaten, vier zu je 1 Monat Gefängnis (sämtlichen Verurteilten wurde je ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet), in Frankfurt ein Küfer zu 3 Wochen (beantragt waren 4 Monate Gefängnis), in Berlin ein Maurer zu 4 Wochen 3 Tagen Gefängnis, in Magdeburg ein Hafnarbeiter zu 6 Wochen, ein anderer zu 4 Monaten, ein dritter zu 6 Wochen verurteilt, weil sie „in der Hitze des Gefechtes“ sich zu Handlungen hinreißen ließen, die nach dem genannten Paragraphen strafbar sind. Arbeiter, die ihren Kollegen in den Rücken fallen resp. den Kampf um bessere Lebensbedingungen verhindern, sind solche Opfer nicht wert.

Die in Magdeburg verhafteten 31 Streikenden sind bis auf 6 noch am selben Tage und die übrigen an den nächstfolgenden zwei Tagen wieder entlassen worden. Es scheint also doch noch nicht soweit gekommen, daß man die Streikenden einfach einsteckt und damit den Streik beendet. Die Verhaftung geschah aus der Versammlung hinweg unter starker polizeilicher Begleitung, war also wohl vorbereitet. Es soll angeblich eine Anklage wegen Vergehens gegen § 129 des Strafgesetzbuches (Teilnahme an Verbindungen, zu deren Zweck und Beschäftigung gehört, Maßregeln der Verwaltung oder der Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften) erhoben worden sein. Viel wird mit dieser Anklage bei der beliebten Öffentlichkeit des Verfahrens, wie es seitens der Arbeiter beliebt wird, nicht zu holen sein.

In Pforzheim tagte am 30. August und 1. September der Verband der Gold- und Silberarbeiter: 12 Delegierte, 2 Vorstands- und 1 Ausschußmitglied, Vertreter der Lokalvereine Bremen, Hanau und Pforzheim und ein Vertreter der Generalkommission. Aus dem Berichte des Vorstandes ist zu entnehmen, daß in Bremen, Pforzheim und Hanau 482 Mitglieder austraten und selbstständige Lokalvereine gründeten, die Zahl der Verwaltungsstellen von 24 auf 17 zurückging, jedoch die Mitgliederzahl (1400) die gleiche blieb. Streiks fanden statt in Nürnberg, Düsseldorf, Braunschweig, Götting, Berlin und Karlsruhe. Die Gesamteinnahme der Hauptkasse belief sich auf 19288,70 Mk., für den „Goldarbeiter“ als Abonnementseigler 1399,76 Mk., ausgegeben wurden für Streiks und Maßregelungen 3207, an andere Organisations 800, für Weiterunterstützung 1661,73 Mk. Das Organ, der Goldarbeiter, kostete 9116,49, die Gleichheit, das Organ der Arbeiterinnen, 996,53 Mk. (In Zukunft kommt das seipenannte Blatt als Organ in Wegfall.) Vermögensbestand 4995,89 Mk. In der Berichtsperiode (1894/97) traten 2226 Mitglieder ein und 2226 aus. In der Debatte über den Bericht wurden eine Reihe Beschwerden gegen den Vorstand vorgebracht, die zur Folge hatten, daß der Vorsitzende erklärte, Hamburg lehne es ab, den Sitz des Verbandes wieder zu übernehmen. Hierauf wird der beantragte Anschluß an den Metallarbeiterverband mit 10 gegen 2 Stimmen abgelehnt, die Einführung von Agitationskomitees für die einzelnen Landesstellen beschlossen, ferner die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Ueber dieselbe soll, nachdem der Vorstand das nötige Material gesammelt, in spätestens einem Jahr eine Urabstimmung stattfinden. In Bezug auf das Reisegeld wurde beschlossen, daß während der dreimonatlichen Reisedauer die Unterstützung 50 Mk. nicht übersteigen darf. Weiter wurde die Anstellung eines besoldeten Beamten beschlossen, der Sitz des Vorstandes und das Organ der Goldarbeiter nach Pforzheim verlegt und der des Ausschusses nach Hamburg.

In Mecklenburg bereitet man sich schon am Sonnabend auf die Ruhe des Sonntags vor, es sind dort „geräuschvolle Zusammenkünfte“ am Sonnabend verboten. Und daß eine Gewerkschaftsversammlung (der Maurer) zu solchen Geräuschvollen Zusammenkünften gehört, das hat vor kurzem das Landgericht zu Rostock bestätigt. „Wenn eine zahlreiche Menschenklasse niedern Standes

(sic!) öffentlich zur Besprechung einer der brennendsten Zeitfragen, der Lohnfrage, zur Beratung von Wahlen und von anderen Dingen zusammengerufen wird, so ist das durch diese Zusammenkunft bewirkte Geräusch ähnlich laut wie das durch eine Wählerversammlung jener Art verursachte und sie muß demgemäß von vornherein auch als eine „geräuschvolle“ charakterisiert werden. Schon das Zusammenkommen der nach Hunderten zählenden geladenen Personen, wie es der Einberufer bezweckte, ja auch schon das Zusammenkommen von etwa 50 Personen, wie es hier stattgefunden hat, und das sich naturgemäß dabei erhebende Stimmungsgewirr bringt ein lebhaftes Geräusch hervor, das die allgemeine Stille, wie sie nach der mehrerwähnten Verordnung an den Sonntagen herrschen soll, beeinträchtigt. In einer solchen Versammlung, in welcher die vitalsten Interessen der Teilnehmer zur Sprache gebracht werden, werden gewöhnlich laute Reden gehalten, es entstehen ernste und laute Debatten, und es werden mit lebhaftem Geräusche Bezeugungen des Beifalles oder Mißbilligung ausgesprochen, die mit dem im Geleise geforderten allgemeinen Stille unvereinbar sind.“ Man muß es den Juristen nachsagen, im Auslegen und Unterlegen sind sie erfunderischer als sonst jemand.

Der Gemeinderat in Geringswalde hat die Erziehung eines Gewerbegerichtes abgelehnt, weil die Wahlen zu demselben nur zur Agitation für die Sozialdemokratie benützt würden. Auch ein Grund!

Der Verband der dänischen Tabakarbeiter zählt trotz seines zehnjährigen Bestehens und obwohl er betnahe alle in der Branche beschäftigten Arbeiter umfaßt, nur 1220 männliche und 1348 weibliche Arbeiter.

Der russische Maximalarbeitsstag ist, wie verlautet, nur ein Vierteljahr probeweise eingeführt. Inzwischen sind die Unternehmer befragt worden und haben natürlich im ablehnenden Sinne geantwortet. Die Arbeiter scheinen nicht befragt worden zu sein; ist auch gar nicht nötig, denn sie werden sicher die Festsetzung der Arbeitszeit auf elf und zehn Stunden und den 8 Uhr-Labenschluß als das Mindeste ansehen, was in dieser Beziehung zu gewähren ist, und stark genug sein, diese Meinung auch der Regierung aufzudrängen.

Lohnbewegung. Der gemeldete Tischlerstreik in Kaspaffenburg hat eine besondere Ursache. Die Meister haben in ihrem Statut einen Paragraphen, der den Mitgliedern verbietet, Gesellen in Arbeit zu nehmen, die bei Erblern, Aufkünstlern und Bauunternehmern gearbeitet, ferner solche, die ohne Kündigung resp. ohne Vollendung einer übernommenen Akkordarbeit die Arbeit verlassen haben. Eine dierhalb vorgenommene Maßregelung führte zum Ausstand in zwölf Werkstätten. In Halberstadt streikten die Handhufschmager der Firma Brauer wegen Lohnkürzung. In Riesa 18 Granitsteinbrucharbeiter wegen Lohnminderungen. Die Differenzen der Kaffeeverlegerinnen bei Mager & Bandmann in Hamburg wurden durch Vergleich erledigt. In Leipzig sind nach einer neuerlichen Fällung von den Maurern noch 628 zu unterstützen, zu neuen Bedingungen arbeiten 820, zu alten Bedingungen 1200, abgereist sind 1150. Von den Streikenden trennten sich während des Streiks von ihren Mitkämpfern 180, von auswärts reisten zu 200 Ausländer und 200 aus Deutschland. In Mathenow streikten die Holzbildhauer um Lohnaufbesserung. Der Tischlerstreik in Rostock wurde für beendet erklärt. Derselbe hat 16 Wochen gedauert. Bis auf 12 wurden sämtliche Streikende zu erhöhten Löhnen wieder eingestellt.

Der Maurerstreik in Erfurt kostete 15381,42 Mk. Ein wesentlicher Erfolg war der Anschluß sämtlicher Maurer (bis auf 20) an die Organisation.

Die Bergleute der Kohlengrube von Michalkewitz (Mährisch-Schwarzwald) legten die Arbeit nieder, 26 Proz. Mehrlohn verlangend. In acht Feilenhauerereien in Wien wurde nach Bemilligung der gestellten Forderungen die Arbeit wieder aufgenommen. Bei Riwka (an der preuß. Grenze) streikten 2000 Bergleute und eine große Anzahl Arbeiter der dortigen Maschinenwerke. In der Umgebung von Biella (Italien) verlangen die Arbeiter der Tuchfabriken Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes. Ein event. Streik würde 15000 Arbeiter umfassen. Aus England: Die Fabrikanten der Baumwollindustrie im Lancashire Distrikt wollen eine allgemeine Lohnkürzung um 10 Proz. eintreten lassen. Kommt der Beschluß zur Ausführung, so würden etwa 140000 Arbeiter davon betroffen werden, da die Fabrikannten der übrigen Distrikte dem Beispiel ihrer Kollegen zu folgen gezwungen wären. In Manchester droht ein Schneestreich wegen Entlassung eines Unionsmitgliedes. Es wurde sämtlichen Gewerkschaften gefordert, da die Gewerkschaft die Wiedereinstellung des Entlassenen verlangt hatte. Infolge des Ausstandes der Maschinenbauer wurde zahlreichen Kesselmachern, Formern und Modellmachern gefordert, so in Newcastile 500 Mann. Auch sind etwa 5000 anderen Gewerkschaften angehörige Arbeiter aus demselben Grund arbeitslos. Die Gasarbeiter in Blackburn werden demnächst den achtstündigen Arbeitstag bewilligt erhalten. Die Maurer in Edinburgh (Schottland) haben eine wöchentliche Arbeitszeit von 45 Stunden erzielt, die Seeleute von Nord- und Süd-Schles die Erhöhung des Monatslohnes von 80 auf 85 Mk. Die Maschinenbauer-Gewerkschaft hatte am letzten Sonnabend 22734 Mitglieder zu unterstützen.

Gegen eine Beslge.